



Kreismitgliederversammlung DKP München
27. Oktober 2007

Aktiv in die Kommunalwahl eingreifen!

Referat: Renate Münder

Bei der nächsten Kommunalwahl haben wir im Vergleich zu den Vorjahren eine etwas veränderte Kräftekonstellation, die wir bei unsern Aktivitäten beachten müssen. Ich werde also zunächst einmal diese verschiedenen Kräfte darstellen.

1) Die Faschisten

Bei den rechten Kräften treten die Neonazis in neuem Gewand einer Bürgerpartei auf: als

§ Bürgerbewegung Pro München – patriotisch und sozial und als

§ Bürgerinitiative Ausländerstop München, die von NPD-Bordin angeführt wird.

Die Aufspaltung der Faschisten auf zwei Listen ist zwar zu begrüßen, aber deshalb sind sie nicht minder gefährlich. Sie werden massenhaft rassistisches Material verbreiten.

Wir müssen hier dazu beitragen, diese Listen als von Faschisten getragene zu entlarven und der Behauptung, dass sie eine Lösung für die soziale Frage hätten, entgegenzutreten sowie überzeugend argumentieren, dass der Rassismus den Interessen der Arbeiterklasse zuwiderläuft.

Das auf dem Ammerseeseminar gestellte Ziel, hierzu mit der SDAJ gemeinsame Stadtteilagitation zu betreiben, könnte und soll dazu beitragen, beide Organisationen enger zusammenzuführen. Das müssen wir im Wahlkampf anpacken.

2) Die bürgerlichen Parteien, CSU und SPD/Grüne:

Die CSU ist nach wie vor in der Defensive in München. Der Aufruf des OB-Kandidaten Josef Schmid zur „Entlausung“ des bayerischen Löwen von Rot-Grün hat nicht dazu beigetragen, das zu ändern. Die Schuhe von FJS und Stoiber, die mit ähnlichen Nazi-Sprüchen zu punkten suchten, sind ihm zu groß. Trotzdem ist auch die CSU nicht zu unterschätzen und muss von uns beobachtet werden.

Bestimmend für die Stadtpolitik ist seit Jahren das Bündnis zwischen SDP und Grünen, denen es bisher gelungen ist, den Anspruch einer solidarischen Stadtgemeinschaft publikumswirksam zu vertreten. Noch haben die Bewohner Münchens es kaum mit Schließung von Sportstätten, Freizeitheimen, von Bädern usw. zu tun. Der Verkauf von städtischen Wohnungen oder kommunalen Einrichtungen ist zur Zeit nicht zu befürchten. Denn München ist immer noch eine reiche Stadt im Vergleich zu den Ruhrgebietsmetropolen etwa und muss deshalb noch nicht so rigoros sparen wie andere Städte.

Weiter tritt OB Ude lautstark gegen den Transrapid auf, für den Bau einer Moschee in Sendling, und stellt sich manchmal an die Spitze einer Bewegung gegen Neonazi-Aufmärsche.

Das Rathaus punktet mit Überschriften wie „Stadt will Ausbeutung künftig schärfer ahnden“ (SZ), wonach Bauunternehmer sich bei städtischen Aufträgen künftig verpflichten sollen, dass auch ihre Subunternehmer die Mindestlöhne zahlen.

Und die Stadtspitze hat angekündigt, sie wolle trotz der rechtlichen Hürden eine Erhöhung der Sozialhilfe erreichen, nämlich auf 410 Euro monatlich. Außerdem fordert sie vom Staat eine Anhebung der Sätze von Hartz IV auf den gleichen Betrag.

Trotzdem vollzieht sich hinter dieser Fassade ein schleichender Sozialabbau, vor allem beim Sozial-, Schul- und Kulturreferat wird gespart. Und angesichts der enormen Steigerung der Armut, vor allem der Kinderarmut wären ganz andere Maßnahmen wie kostenloses Mittagessen, kostenloser Schwimmbadbesuch und Befreiung von Bibliotheksgebühren, Sozialticket usw. usw. nötig, um die schlimmsten Auswirkungen der Armut abzumildern.

Bei den kommunalen Betrieben steht zwar keine Privatisierung an, aber sie sind alle längst privatrechtlich organisiert, d.h. sie sollen Gewinne erwirtschaften. Sie haben Personal erheblich reduziert und planen dies auch weiter. Nur am heftigen Widerstand der Klinikbelegschaften scheiterte bisher die Ausgründung von Reinigung, Küche, Hausdienst und Textilservice in einer Krankenhaus-Service GmbH mit Dumping-Löhnen.

Bei den Wohnungen, die im städtischen Besitz sind, hat sich die Stadt unauffällig von einer sozialen Wohnungspolitik verabschiedet, indem sie die „sozialen Mietobergrenzen“ von 6,25 bis 6,75 beseitigte. Bei 30 000 Wohnungen, die nicht (mehr) der Sozialbindung unterliegen, gibt es so lange Mieterhöhungen, bis die Mietspiegelmiete erreicht ist. Die städtischen Wohnungsbaugesellschaften sollen eine jährliche Rendite von 6% an die Stadt abführen. Das gefährdet natürlich auch den sozialen Wohnungsbau.

Zum Thema Privatisierung gibt es zu berichten: die neue Schule an der Panzerwiese ist als PPP-Projekt geplant, ebenso der zentrale Omnibusbahnhof. Gegen den Transrapid bezieht die Stadt Stellung, aber gegen die dritte Startbahn des Flughafens hat sie sich nicht positioniert.

Und die Stadt ist für den Moscheebau; aber in der Integrationspolitik tut sie sich nicht besonders hervor. Zwar sind hier die Möglichkeiten kommunaler Tätigkeit begrenzt, aber bei der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen müsste sie bedeutend stärker gegen Diskriminierung und Rassismus aktiv werden.

Auch das antifaschistische Engagement von OB Ude und vor allem das von Stadtrat Sigi Benker ist an der Tätigkeit des Kreisverwaltungsreferats zu messen, das faschistische Demonstrationen und Kundgebungen anstandslos genehmigt, und am Verhalten der Polizei, die trotz häufiger Auflagenverstöße nicht eingreift und stattdessen gegen Antifaschisten vorgeht.

3) Die PDS bzw. die Linkspartei

Die bisherige Tätigkeit der PDS im Stadtrat, vertreten durch die Stadträtin Brigitte Wolf, war von vielen richtigen Anträgen und Stellungnahmen geprägt, eine äußerst solide und wichtige, aber wenig spektakuläre Arbeit.

In die breitere Öffentlichkeit ging die PDS mit einer Unterschriftensammlung gegen die Schließung von Stadtteilbibliotheken und im letzten Jahr mit der Forderung nach einem Sozialticket. Dabei gelang es ihr, eine große Anzahl von sozialen Verbänden dafür zu gewinnen, was die Stadt dann auch zu einem Zugeständnis brachte. Sozial Bedürftige erhalten jetzt 15 statt 10 Tageskarten zum Preis für 25 Euro. Allerdings ist dadurch auch das angestrebte Bürgerbegehren zunächst einmal auf Eis gelegt worden, weil das Bündnis die Ergebnisse einer Marktuntersuchung des Sozialreferats erst abwarten will.

Eine Kommunalpolitik im kommunistischen Sinne, d.h. eine Kommunalpolitik, die in erster Linie auf die Aktivierung der Betroffenen setzt, ist das sicher nicht, doch angesichts unserer eigenen Untätigkeit muss unsere Kritik verhalten bleiben.

Durch die Gründung der Partei Die Linke erscheint die Partei jetzt gestärkt, sie macht sich Hoffnung auf mehr als einen Stadtratssitz. Ein offensiveres Auftreten ist jedoch bisher vor allem auf Bundesebene zu beobachten. Die Gründung der Partei Die Linke spiegelt die Kritik von Teilen der Bevölkerung am Neoliberalismus und insbesondere an der SPD wieder. Die Linkspartei hat von der Unzufriedenheit mit der neoliberalen Regierungspolitik profitiert, wenn auch leider noch relativ bescheiden. Es ist unbedingt zu begrüßen, wenn sich Widerstand gegen die etablierten Parteien

und die Politik des Kapitals regt und nicht nur die Resignation größer wird oder aber gar die Rechten von dieser Unzufriedenheit profitieren.

Doch ist die „Die Linke“ eine Partei mit vielen Gesichtern. Ihr reformistischer, linkssozialdemokratischer Charakter zeigt sich sowohl an der Programmatik als auch an ihrem Verhalten bei Regierungsbeteiligungen. Die Wahlerfolge der Linken bleiben deshalb gefährdet durch die Bereitschaft von großen Teilen der Partei in Koalitionen prinzipielle Interessen ihrer Wähler preiszugeben. Die größere Wirksamkeit zieht natürlich Karrieristen an, und die Mehrheit ihrer Mandatsträger steht für linke Parlamentstaktik. Aber es gibt auch Mitglieder, die für ein klassenkämpferisches Verhalten und den Sozialismus eintreten sowie für außerparlamentarische Aktionen. Insgesamt sieht die Mehrheit der Mitglieder und vor allem der Mandatsträger es nicht als Ziel, Sprachrohr der außerparlamentarischen Bewegung zu sein oder zu werden und den Widerstand gegen die Kapitalherrschaft von unten zu organisieren.

4) Wie sollten wir an die Frage des Verhältnisses zur Partei Die Linke herangehen?

Die Linkspartei vertritt viele richtige Forderungen und Ziele, die auch wir unterstützen. Das Wahlprogramm für München hat 90 Seiten, es enthält viele lange Ausführungen zu den verschiedensten Themen. Es drückt keine Strategie aus, sondern sucht Wege zur Abmilderung der schlimmsten Auswüchse des Kapitalismus, des Sozialabbaus, der Ausgrenzung und der Benachteiligung großer Bevölkerungsgruppen. Dabei wird keine Gewichtung bei den Themen vorgenommen. Aber gerade eine kleine Partei muss darauf achten, dass sie Schwerpunkte setzt, die bei der Bevölkerung hängen bleiben, von der Bevölkerung als wichtig betrachtet werden. Die Linkspartei ist nicht orientiert darauf, das eigenständige Handeln der Arbeiterklasse und der andern lohnabhängigen Schichten zu befördern. Unser Hauptproblem ist ja nicht mehr die Ablehnung des Neoliberalismus – wie Umfragen bezeugen – sondern dass die davon betroffenen Bevölkerungsschichten ihn trotzdem hinnehmen.

Die Linkspartei ist aber nicht nur für die SPD eine Herausforderung, sondern auch für die DKP: Es muss uns gelingen klarzumachen - im Wahlkampf, aber auch allgemein - dass Die LINKE nicht die ganze Linke ist. Das Aufgreifen vieler Themen durch sie bis hin zur Eigentumsfrage ist einerseits eine Gefahr für uns, dass nämlich fortschrittliche und sogar marxistische Kräfte bei der Linkspartei und ihrem Politikansatz hängen bleiben. Und der ist letztlich doch reformistisch, auch wenn der demokratische Sozialismus propagiert wird. Aber andererseits ist das auch eine Riesenchance für uns, dass überhaupt wieder diese Themen in breiteren Kreisen diskutiert werden.

Unterschiede zwischen uns und der Linkspartei klar zu machen wird nur selten passieren durch radikalere Forderungen, sondern hauptseitig durch eine andere Herangehensweise, eben durch die Orientierung auf den Klassenkampf, auf den Antikapitalismus, auf die Überwindung des Kapitalismus und die Orientierung auf selbständiges Handeln der Betroffenen. Wir müssen uns deshalb die Frage stellen, wie wir eine stärkere Massenverankerung erreichen können, d.h. in absehbarer Zeit den Schritt zur eigenen Kommunalpolitik machen.

Es ist die Aufgabe der marxistischen Kräfte, auch wahlpolitisch ein Gegengewicht zu den bürgerlichen Parteien ins Auge zu fassen. Das gelingt nicht, indem wir uns der Linkspartei einfach anschließen oder unterordnen, das gelingt aber auch nicht, wenn wir uns auf die Propaganda unserer grundlegenden Vorstellungen und unserer Weltanschauung zurückziehen. Auch da werden wir nur weiter kommen, wenn wir aktiv werden: es gilt nicht nur „ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Praxis“, sondern auch umgekehrt „ohne revolutionäre Praxis keine revolutionäre Theorie“.

Kommunalpolitik heißt ja nicht nur, z.B. für bezahlbaren Wohnraum, breite kostenlose Bildungsangebote oder mehr Kindergartenplätze einzutreten, d.h. für Reformen zu streiten. Durch die Finanznot der Kommunen, die die Bundespolitik gezielt herbeigeführt hat und laufend verschärft, haben wir die Verbindung zu den großen politischen Themen herzustellen und können wir die Begrenztheit von Reformen und die Notwendigkeit einer anderen Gesellschaftsordnung aufzeigen.

Der Bund beteiligt sich an der Finanzierung der Aufgaben der Kommunen kaum mehr und weist ihnen gleichzeitig immer mehr Aufgaben zu. Die Steuermittel werden genau umgekehrt zu ihrer Bedeutung für die Menschen verteilt: den Hauptteil schlucken Bund und Länder, die für den Re-

pressionsapparat des Staates zuständig sind, also Armee, Polizei, Justiz usw. Und da, wo die Menschen direkten Nutzen von den öffentlichen Mitteln haben, wo es um Schulen, Kindergärten, Sportplätze, Bibliotheken, Freizeitheime, öffentliche Verkehrsmittel sowie um die Strom-, Gas- und Wasserversorgung geht, da geht der geringste Teil der Steuern hin.

Die Bundespolitik untergräbt zusehends die kommunalen Einnahmen, deren Steuern und Gebühren. Insbesondere die Gewerbesteuer können die Großbetriebe bis zur Unkenntlichkeit reduzieren. Das Ausbluten der Städte und Gemeinden wird auch deshalb forciert, um dem Kapital das kommunale Eigentum als billige Beute in die Arme zu treiben. Der Verlust oder die Verteuerung der kommunalen Angebote berührt die Qualität des Lebensumfelds der Menschen stark. Deshalb ist hier auch ein wichtiger Ansatzpunkt für kommunistische Politik.

Die Ursache der Finanznot der Kommunen liegt zwar außerhalb ihres Einflusses, aber trotzdem muss das im Wahlkampf thematisiert werden, denn es sind die gleichen Parteien, die diese Entwicklung beklagen und die im Bund dafür verantwortlich sind.

Die Finanznot darf natürlich kein Sachzwangargument bei Sparorgien werden. Hier müssen wir auf die Prestigeobjekte auch und gerade in München verweisen, für die immer Geld vorhanden ist sowie auf die Liebedienerei gegenüber der Industrie, die mit Verkehrsanschlüssen, billigen Grundstücken usw. immer gut versorgt wurde.

Wahlkämpfe waren und sind immer ein Mittel, die Partei zu aktivieren und dadurch zu festigen. Das würde durch eine reine Unterstützung der Linkspartei mit Sicherheit nicht funktionieren. Wir müssen also konkrete Ziele und Verbesserungen für die Arbeits- und Lebensbedingungen nennen, dabei aber auch die Begrenztheit aller Reformen deutlich machen, klar sagen, dass die Eigentums- und Machtverhältnisse grundsätzlich zu verändern sind. Eine andere Welt ist nicht nur möglich, sondern eine andere Welt, besser gesagt eine andere Gesellschaftsordnung, ist nötig!

5) Was heißt das nun für die nächste Kommunalwahl?

Aufruf zur Wahl der Linkspartei

Wir schlagen für die Liste der Partei „Die Linke“ bei der Stadtratswahl die Genossen Claus Schreer, Walter Listl und Sonja Schmid vor. Auch für die Bezirksausschüsse haben sich Genossinnen und Genossen bereit erklärt zu kandidieren.

Die Schwerpunkte unserer Wahlkampfmaterialien werden sein:

1. gegen die Finanznot der Kommunen
2. gegen jegliche Privatisierung, Verteidigung des kommunalen Eigentums, keine Ausgliederung aus städtischen Betrieben, die zur Verstärkung des Niedriglohnssektors, zu Löhnen von denen man nicht leben kann, führen
3. gegen steigende Mieten bei den kommunalen Wohnungsbaugesellschaften und für preisgünstigen Wohnraum

Ich verweise auf den Euch vorliegenden Antrag zur Kommunalwahl.

Bei all diesen Themen werden wir auf den Klassengegensatz, die Eigentumsfrage und die Begrenztheit von Reformen hinweisen. Unsere Aufgabe ist es nicht, Stellvertreter zu sein, sondern die Menschen aufzufordern, sich zu organisieren und sich für ihre Interessen einzusetzen. Das ist langfristig die einzige Chance für die Lösung der Widersprüche und bedeutet Orientierung auf einen Weg, der zu einer sozialistischen Gesellschaftsordnung führen kann. Deshalb reicht auch nicht das „rote Schwänzchen“ bei reformistischen Vorschlägen. Die Darstellung selbst muss dahin führen, dass Revolution und Sozialismus als notwendig begriffen werden. Das werden uns die Menschen aber nur abnehmen, wenn wir umgekehrt mit ihnen für die Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse kämpfen. Wir können in einer entpolitisierten Bevölkerung nur dann Vertrauen schaffen, wenn wir uns der Anliegen der Menschen annehmen und versuchen, kleine Bewegungen dafür zu entfalten, bei denen die Menschen ihr Ohnmachtsgefühl ansatzweise verlieren.

Nur durch eine gesellschaftliche Praxis werden wir auch in der marxistischen Theorie weiter kommen. Wir sollten versuchen, besser zu verstehen, wie der politische Prozess bei uns funktioniert und wie wir im Interesse der arbeitenden Menschen in diesen Prozess eingreifen können.

Wir haben für heute das Motto gewählt: „DKP des 21. Jahrhunderts – verändern wir uns, indem wir die Gesellschaft verändern!“ Was heißt das? Ich verstehe darunter Studium der revolutionären Theorie, um sie in der Praxis anzuwenden, d. h. mehr auf die Straße gehen und mehr Arbeit unter den Massen!